

## ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ



# SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 03

22.01.2016

## INHALT

**ZUR LAGE** **2**

---

**ZUR WOCHE** **3**

---

**„MALU DREYER HÄLT DAS LAND ZUSAMMEN“** **3**

**ZAHLEN ZU ASYLANTRÄGEN BELEGEN SCHEITERN VON DE MAIZIÈRE** **3**

**GUTE NACHRICHTEN FÜR DIE HOCHSCHULEN IN RHEINLAND-PFALZ** **4**

**RHEINLAND-PFÄLZISCHE WIRTSCHAFT IST GUT AUFGESTELLT** **5**

### SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION  
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ  
[www.spdfraktion-rlp.de](http://www.spdfraktion-rlp.de)

## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

vertrauensvoll, konzentriert und zielgerichtet arbeiten wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seit nunmehr fast fünf Jahren zusammen. Seit drei Jahren unter **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer**. Ein Schlüssel zum Erfolg ist, dass die Fraktionen und Abgeordnete auf unterschiedlichen Ebenen einen kurzen Draht pflegen, in Arbeitsgemeinschaften gemeinsam beraten und so reibungslos Kompromisse finden. Die Fraktionen konnten viele neue Gesetze anstoßen und beschließen – etwa jüngst zur Steigerung der direktdemokratischen Beteiligungsmöglichkeiten und zur Schaffung von lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekten (BIDs).

In dem aktuellen Megathema, der Flüchtlingspolitik, sowie in den großen Landesthemen Bildung und Sicherheit begleiten die Regierungsfractionen die Regierungspolitik eng und setzen Impulse, davon berichten wir in **SPD-Fraktion direkt** seit Anfang 2014 kompakt einmal pro Woche. Die Koalition hat in den vergangenen fünf Jahren wichtige Erfolge erzielt:

- Es gibt in Rheinland-Pfalz ein hochwertiges, gebührenfreies Angebot in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen.
- Unternehmen ziehen nach Rheinland-Pfalz und schaffen Arbeitsplätze, die Arbeitslosenquote ist daher niedrig.
- Die Angebote im Bereich der Gesundheitsversorgung und Pflege sind umfassend.

**Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hat das Land in den vergangenen drei Jahren äußert klug und mit einem klaren Politikstil geführt – nicht mit lauten Sprüchen und überstürzten Entscheidungen, sondern lebenserfahren und analytisch. So hält sie das Land zusammen. Als SPD-Fraktion freuen wir uns auf zahlreiche weitere Regierungsjahre unter Malu Dreyer.



**Alexander Schweitzer**

## ZUR WOCHE

### **„Malu Dreyer hält das Land zusammen“**

**Malu Dreyer** ist am 16. Januar seit drei Jahren unsere Ministerpräsidentin. *„Sie hat in diesen Jahren einen tollen Start hingelegt, sorgt für Aufbruchsstimmung und Optimismus. Als SPD-Fraktion freuen wir uns auf zahlreiche weitere Regierungsjahre unter Malu Dreyer. Auch in schwierigen Zeiten, wenn die politischen Herausforderungen in die Höhe wachsen, folgt sie einem klaren Stil. Politik macht sie nicht mit lauten Sprüchen und überstürzten Entscheidungen, sondern lebenserfahren, analytisch und unprätentiös. Malu Dreyer folgt einer klaren Haltung und gibt in unsicheren Zeiten Halt: Sie hält das Land zusammen“*, sagte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**.

*„Rheinland-Pfalz steht – nach den Regierungsjahren von SPD-geführten Landesregierungen – sehr gut dar“*, betonte **Schweitzer**. Wie in kaum einem anderen Bundesland wird in Bildung investiert, der Zukunftsressource schlechthin: Der Besuch von Kindertagesstätten ist kostenlos, die Unterrichtsqualität in den Schulen hoch, und die Klassen sind klein. Im Land schaffen Unternehmen und Betriebe viele Arbeitsplätze. In manchen Bezirken gibt es gar Vollbeschäftigung. Ältere Menschen, die auf Pflege angewiesen sind, finden in Rheinland-Pfalz die passende Unterstützung.

### **Zahlen zu Asylanträgen belegen Scheitern von De Maizière**

*„Die neuesten Zahlen zu Flüchtlingen und Asylanträgen in Rheinland-Pfalz sind ein unmissverständlicher Beleg für das Scheitern von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU)“*, erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** anlässlich der SWR-Berichterstattung. Demnach war das de Maizière unterstellte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 2015 offenbar nicht mal in der Lage, sich mit der Hälfte der ankommenden Flüchtlinge zu befassen. Rund 20.000 Asylanträge seien vergangenes Jahr in Rheinland-Pfalz gestellt worden, berichtet der SWR. *„Tatsächlich haben wir aber nach dem Registrierungssystem des Bundesamtes rund 52.800 Flüchtlinge aufgenommen. Diese Lücke ist gewaltig“*, machte **Schweitzer** deutlich.

*„Bis heute hat de Maizière nichts Tragfähiges vorgelegt, wie die politischen Forderungen nach zügigen Asylverfahren endlich umgesetzt werden können“*, betonte **Schweitzer**. Dass sich in

Deutschland derzeit hunderttausende Flüchtlinge wegen der BAMF-Überlastung in der Warteschleife befinden, hat in den Ländern und Kommunen fatale Folge: Die örtliche Integration der Flüchtlinge, etwa die Intensiv-Sprachkurse, können erst sehr spät starten. Flüchtlinge, die in ihre Heimatländer zurückkehren müssen, verbleiben viel zu lange in Deutschland; ihre Rückführung kann ja erst in die Wege geleitet werden, wenn die Asylanträge gestellt, bearbeitet und entschieden sind.

Unsere integrationspolitische Sprecherin, **Ingeborg Sahler-Fesel**, ergänzte: „Im Integrationsausschuss des Landtags ist sogar dargestellt worden, dass seit Inkrafttreten des Asylbeschleunigungsverfahrens, also seit vergangenem November, de facto eine Verlangsamung der Verfahren erfolgt ist.“ Seitdem führen die „Entscheider“ – wie gehabt – die Anhörungen durch. Dann gingen die Akten aber weiter an ein Entscheidungszentrum außerhalb von Rheinland-Pfalz und schließlich an ein Zustellzentrum. Allein vom Erlass des Bescheides bis zur Zustellung vergingen dadurch in der Regel vier Wochen. Mittlerweile habe sich die Gesamtdauer der ‚beschleunigten‘ Verfahren etwa für die Westbalkanstaaten auf zwei bis drei Monate erhöht. Entsprechend seien auch die Zahlen der ablehnenden Bescheide seit November zurückgegangen und liegen nur noch bei rund 200 monatlich, berichtete **Sahler-Fesel**.

### **Gute Nachrichten für die Hochschulen in Rheinland-Pfalz**

„Die in dieser Woche unterzeichneten Zielvereinbarungen zum Hochschulpakt III sind ein Beleg für die gute Zusammenarbeit der Landesregierung und der rheinland-pfälzischen Hochschulen“, erklärte unsere hochschulpolitische Sprecherin **Barbara Schleicher-Rothmund**. Die immense Summe von rund 500 Millionen Euro bis 2023 für die elf rheinland-pfälzischen Hochschulen sowie die Zielvereinbarungen zwischen Landesregierung und Hochschulen setzen die Planungssicherheit für unsere Hochschulen erfolgreich fort. „Das Ziel, weitere Studienplätze an unseren Hochschulen zu schaffen, ist damit finanziell abgesichert“, machte **Schleicher-Rothmund** deutlich. Im Rahmen der Programmförderung werden neben der Ausweitung der Studienplätze zusätzliche Schwerpunkte gesetzt. Die Verbesserung der Qualität der Lehre, die Förderung von Frauen in der Wissenschaft und die Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung sind zentrale sozialdemokratische Anliegen. Rund 90 Programme können in diesen Bereichen in den kommenden Jahren an unseren Hochschulen gefördert werden.

**Schleicher-Rothmund** betont: „Eines ist auch klar: Der Bund muss sich weiter an der Hochschulfinanzierung beteiligen.“ Die Behauptungen der CDU-Fraktion zur angeblichen Unterfinanzierung der Hochschulen seien „vollkommener Unsinn“. In diesem Haushaltsjahr 2016 gebe das Land mehr als eine Milliarde Euro eigene Landesmittel für die Hochschulen aus. „Diese Summe ist ein historischer Höchststand“, so **Schleicher-Rothmund**.

### **Rheinland-pfälzische Wirtschaft ist gut aufgestellt**

Anlässlich der von der Industrie- und Handelskammer Rheinland-Pfalz vorgestellten Wahlprüfsteine zur Landtagswahl am 13. März erklärte unser wirtschaftspolitischer Sprecher, **Jens Guth**: „Aus Rheinland-Pfalz ist in den vergangenen Jahren ein starkes und sozial gerechtes Wirtschaftsland geworden. Diesen Erfolg wollen wir zukünftig sichern und ausbauen. Das ist ein zentrales Ziel unserer Wirtschafts- und Innovationspolitik. Wir sind seit Jahren in intensiven Gesprächen mit Kammern und besprechen Konzepte und Forderungen in einem guten Dialog.“ Fest steht: Noch nie waren so viele Menschen in Rheinland-Pfalz sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie jetzt. Rheinland-Pfalz hat mit 4,8 Prozent die drittniedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer, die zweithöchste Gründerquote unter den Flächenländern und mit 55 Prozent eine der höchsten Exportquoten bundesweit. 22.000 Menschen mehr haben heute eine Arbeit als noch 2012. „Der Erfolg der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beruht auf den Säulen Industrie, Mittelstand und Handwerk. Sie sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolgs“, machte **Guth** deutlich.

Für eine erfolgreiche Wirtschaft sind verlässliche Rahmenbedingungen und eine verlässliche Infrastruktur essentiell. Deshalb hat die SPD-geführte Landesregierung die dafür im Haushalt vorgesehenen Mittel für 2016 nochmal deutlich gesteigert und weitere Personalmittel bereitgestellt, um die zusätzlichen Mittel effektiv verbauen zu können. Auch beim schnellen Internet als Infrastruktur der Zukunft wurden große Fortschritte erzielt. Künftig können Landes- und Bundesmittel geschickt kombiniert werden. „Damit werden wir unser Ziel erreichen: schnelles Internet mit 50 Mbit/s im ganzen Land bis 2018“, so **Guth**.

Weiter erklärte Guth: „Wir haben Stärken und Fähigkeiten, die andere Wachstumsregionen unserer Welt nicht haben: mittelständische Unternehmen, hervorragende Ausbildungseinrichtungen, Forschungsinstitute und Hochschulen und regionale Sparkassen und Banken, die intensiv und verlässlich miteinander kooperieren. Nicht zuletzt muss für den

## ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



*langfristigen Erfolg der Wirtschaft, und damit für Arbeit und Wohlstand in unserem Land, gewährleistet sein, dass den Unternehmen Fachkräfte in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Mit abgestimmten und ineinandergreifenden Maßnahmen stellen wir sicher, dass dies sowohl im akademischen Bereich, als auch bei Ausbildungsberufen gewährleistet ist. Wir stehen dabei für das gleichwerte Nebeneinander von dualer und akademischer Ausbildung und werden für den Erhalt des Meisters weiter auf Bundes- und EU-Ebene kämpfen."*